



N i e d e r s c h r i f t

51. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.04.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Henning Wulf	
Frau Doris Grote	
Frau Edda Lessing	
Herr Kurt Barkowsky	
Herr Jörg Buthmann	
Herr Claus Peter Dieck	
Herr Martin Ahrens	
Herr Gerd-Rainer Busch	
Frau Rita Marcussen	bis 20:10 Uhr
Herr Peter Säker	
Frau Maren Berger	
Herr Dr. Eberhard Krauß	
Herr Wolfgang Schnabel	
Frau Claudia Beyer	Vertretung für: Herrn Toni Köppen
Herr Heinz-Michael Kittler	
Frau Anke Pawlik Kreissenjorenbeirat	
Herr Arne Hansen	ab 18:10 Uhr
Herr Landrat Schröder	
Herr Ebert FBL Immobilienverwaltung	bis 19:25 Uhr
Frau Tiedt FBL Zentrale Steuerung	
Frau McGregor FDL Finanzen	
Frau Rimbach FDL Personal und Organisation	bis 21:15 Uhr
Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung	
Herr Stelling FDL IUK	bis 18:20 Uhr
Herr Winfried Zylka Kreispräsident	
Frau Höppner-Reher Gleichstellungsbeauftragte	bis 21:25 Uhr
Herr Kruse Personalrat	
Herr Eisenhaber Informations- und Kommunikationsmana-	bis 19:25 Uhr

gement

Herr Kuhlbrodt Datenschutzbeauftragter

bis 19:25 Uhr

Frau Schmidt Personalentwicklerin

bis 21:15 Uhr

Herr Tobuschat Anwarter

bis 21:15 Uhr

Frau Müller Protokollführerin

Abwesende:

Herr Toni Köppen

-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.03.2017
- 3 Informationen des Landrates
 - 3.1 Vorstellung des neuen Logos der Kreisverwaltung Segeberg
- 4 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 4.1 Personalpolitische Ausrichtung des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2017/069
 - 4.1.1 Personalbericht 2016
 - 4.1.2 Personalpolitisches Strategie-Papier
 - 4.1.3 PE-Aktionskonzept 2017-2020
 - 4.2 Genehmigung einer Nebentätigkeit des Landrats im Vorstand der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein e.V.
(RAD.SH)
Vorlage: DrS/2017/058
- 5 Berichte/Informationen
 - 5.1 Vorabinformationen zum Jahresabschluss 2016
Vorlage: DrS/2017/061

- 5.2 Gesetz zur Sicherung der Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten vom 14.März 2017
Vorlage: DrS/2017/062
- 5.3 Frauenpolitische Eckpunkte zur Landtagswahl in SH 2017
Vorlage: DrS/2017/064
- 5.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Anfragen
- 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 7 Einwohnerfragestunde II

Der folgende Tagesordnungspunkt wird nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Ausschuss voraussichtlich nicht öffentlich behandelt.

- 8 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, dass TOP 8 nach TOP 3 behandelt werde. Weiter solle TOP 3.1 auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 09.05.2017 verschoben werden. Der Ausschuss erklärt sich mit den Änderungen einverstanden.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.03.2017

Der Vorsitzende erklärt, dass bei TOP 5 die Aussage von Frau Lessing auch von Herrn Dieck getätigt wurde und dass beide im Protokoll aufgeführt werden sollen. Herr Dieck ergänzt, dass herausgestellt werden müsse, dass die Sparkasse zusätzliche Geschäfte getätigt habe und nicht nur Einsparungen.

Frau Marcussen ergänzt zu TOP 9.2, dass die SPD-Fraktion angekündigt hat, den Antrag, die Förderung der Standortbüchereien zu erhöhen, zu den Haushaltsberatungen 2018 erneut zu stellen.

Herr Dr. Krauß erläutert, dass er zu TOP 4 Frau Moser gefragt habe, ob sie an einer Ausschreibung teilnehmen werde.

Anschließend stellt der Vorsitzende die geänderte Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3 Informationen des Landrates

Der Landrat berichtet über die Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände zu den Forderungen an die neue Landesregierung, die dem Protokoll beiliegt. Weiter stellt er den Bericht der Ausländerbehörde vor, der dem Protokoll ebenfalls anhängt. Dazu erläutert er auf Nachfrage, dass ein Rückbau der Unterkünfte des Kreises zurzeit nicht geplant sei. Die Zuweisung erfolge über die Gemeinschaftsunterkünfte Warder und Schackendorf an die Gemeinden. Hierbei würde im Rahmen der Möglichkeiten auf eine integrationsorientierte Zuweisung geachtet.

Außerdem gibt der Landrat den aktuellen Schuldenstand, den Rückzahlplan Liquiditätshilfen Rettungsdienst und zur „Parkplatzzufahrt BBZ SE Haus B“ zu Protokoll.

zu 8 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement

Der Landrat stellt den Bericht aus den Beteiligungen vor, welcher dem Protokoll beiliegt.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Sparkasse SH ihr gestecktes Konsolidierungsziel voraussichtlich drei Jahre früher erreichen werde.

zu 4 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 4.1 Personalpolitische Ausrichtung des Kreises Segeberg

Vorlage: DrS/2017/069

Zuerst stellen Frau Tiedt, Frau Rimbach und Frau Schmidt die Präsentation zur personalpolitischen Ausrichtung des Kreises Segeberg vor. Anschließend spricht der Ausschuss seinen Dank aus und unterbricht die Sitzung für eine Beratungspause.

Pause 19:10 – 19:25 Uhr

Frau Tiedt erläutert auf Nachfrage von Herrn Buthmann, dass Zukunftsprognosen zur Fluktuation nicht vorliegen, der Nettobedarf entspreche den im Stellenplan vorgesehenen Stellen. Sie erklärt weiter, dass die Stellen im Stellenplan erhalten bleiben und bei entsprechender Fluktuation neu besetzt werden müssen. Zu beachten sei, welche Fachkraft wann gehe und wie dieser Verlust ausgeglichen werden könne.

Der Landrat ergänzt, dass Pool-Stellen vorhanden seien, um einen Teil der Fluktuation auszugleichen.

Herr Dieck bittet darum, die personalpolitische Ausrichtung um folgende Aspekte zu erweitern:

- Plan B, falls nicht genügend Fachkräfte gefunden werden
- Terminierung
- Zahl der Anwärter ebenso erhöhen wie die Zahl der Auszubildenden
- Teilprozesse abbilden.

Frau Berger entgegnet, dass die Politik einen „Plan B“ beraten müsse.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Beschluss in den Juni-HA zur Empfehlung im Juni-KT zu vertagen und bittet, Anregungen und Gedanken aus den Fraktionen an Frau Tiedt weiter zu geben.

Frau Tiedt informiert auf Nachfrage von Herrn Dr. Krauß, dass das betriebliche Gesundheitsmanagement fortlaufend weiterentwickelt werde, um dem Krankenstand entgegenzuwirken.

Der Landrat entgegnet an Herrn Kittler, dass eine neue Initiative zur Anpassung der Bezahlung für die Mitarbeiter des Jobcenters vorgelegt wurde. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass Tarifverträge eingehalten werden und auf kommunaler Ebene keine Regelung möglich sei.

Frau Lessing erläutert, dass ein Überblick über den Raumbedarf benötigt werde. Die Nr. 3 des Beschlussvorschlages solle, um einen fortlaufenden Bericht ergänzt werden.

Frau Tiedt erklärt auf Nachfrage von Frau Marcussen, dass die Inhalte von Fortbildungen mit den MitarbeiterInnen innerhalb von MitarbeiterInnengesprächen besprochen werden aber auch rechtliche Veränderungen eine Fortbildung erforderlich machen können. Organisationsuntersuchungen können fallabhängig unterschiedlich lange dauern, in der Regel zwischen 3 – 6 Monaten.

Auf Nachfrage von Herrn Schnabel erläutert sie, dass Belohnungen der MitarbeiterInnen nur im rechtlich zulässigen Rahmen erfolgen können, da eine Tarifbindung bestehe. Der Ausschuss könnte durch einen Beschluss Förderungen der MitarbeiterInnen u.a. beim Wohnungsbau zulassen. Für die Beschäftigung von Flüchtlingen sei es noch zu früh, da deren Stati teilweise nicht geklärt seien. Zurzeit werden aber schon Praktikanten beschäftigt.

Herr Ahrens unterstützt den Vorschlag, die Beschlussfassung zu vertagen.

Er bemängelt, dass die Strategie und die Entwicklung auf bekannte Standard-Formulare zurück greife und er hätte sich gewünscht, dass aufgezeigt werden würde, warum genau diese Art und Weise für den Kreis Segeberg gewählt wurde. Er weist darauf hin, dass nicht jede/r Mitarbeiter_In entwickelt werden möchte und auch dies akzeptiert werden müsse. Er erkundigt sich nach dem Eingruppierungsspielraum.

Der Landrat führt aus, dass Wertschätzung und ein gutes Arbeitsklima zur langfristigen Zufriedenheit der MitarbeiterInnen führe, während Geld nur kurzfristig wirke.

Von 63 Stellenbesetzungsverfahren, seien 59 mit einer externen Ausschreibung bedient worden. Der Kreispräsident weist darauf hin, dass dies eventuell dafür spräche, dass MitarbeiterInnen eine interne Bewerbung für unvorteilhaft hielten. Er schlägt vor, das eigene Personal weiterzuentwickeln, damit eine interne Besetzung der Stellen möglich werde.

Der Landrat entgegnet, dass die freien Stellen meist nicht durch eigenes Personal aufgefangen werden können ohne neue Stellen frei werden zu lassen.

Frau Tiedt ergänzt, dass nach internen Ausschreibungen häufig aus Mangel an Bewerbungen auf externe Ausschreibungen zurückgegriffen werden müsse.

Frau Beyer betont, dass soziale Anreize schwerer wiegen als monetäre Anreize.

Frau Grote bittet, um die Weiterentwicklung und Ausrichtung auf die Zukunft. Außerdem regt sie an, eine Personalquote im Verhältnis zur Einwohnerzahl zu bilden.

Auf Nachfrage von Herrn Kittler erklärt der Landrat, dass es im Jobcenter nicht möglich sei Zulagen für die Mitarbeiter zu zahlen, auch weil die Berufsagentur sich mit 84,2 % an den Kosten beteilige. Die unterschiedlichen Tarifsysteme müssten weiterhin angewendet werden. Eine Anpassung müsse auf Bundesebene erfolgen.

Der Vorsitzende lobt die Ausbildungsoffensive und regt an, eine Vorbildung für mögliche Auszubildende/ Anwärter anzubieten, um qualifizierte Bewerbungen zu erhalten. Außerdem solle der jeweils neu zusammengesetzte Hauptausschuss zu Beginn einer Wahlperiode über die Grundlagen informiert werden.

Weiter erläutert er, dass der Hauptausschuss bei der Vorbereitung/Vorauswahl der Stellen, die dem Landrat direkt unterstellt sind, die beteiligt sein sollte.

Frau Lessing erklärt, dass der Hauptausschuss nicht am Auswahlverfahren beteiligt werden

müsse, sondern im Nachhinein informiert werde und die Entscheidung ablehnen könne.

Abschließend erklärt der Vorsitzende, dass der Beschluss auf die Sitzung im Juni vertagt werde.

zu 4.1.1 Personalbericht 2016

Dieser TOP wurde im vorherigen TOP mit behandelt.

zu 4.1.2 Personalpolitisches Strategie-Papier

Dieser TOP wurde im vorherigen TOP mit behandelt.

zu 4.1.3 PE-Aktionskonzept 2017-2020

Dieser TOP wurde im vorherigen TOP mit behandelt.

zu 4.2 Genehmigung einer Nebentätigkeit des Landrats im Vorstand der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein e.V. (RAD.SH) Vorlage: DrS/2017/058

Auf Nachfrage von Frau Lessing erklärt der Landrat, dass Herr Falck bevollmächtigt sei, ihn zu vertreten.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss

1. genehmigt Herrn Landrat Jan Peter Schröder gem. NebentätigkeitsVO die Ausübung des Mandats im Vorstand der „kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein e.V. (RAD.SH)“ mit Wirkung ab 28.03.2017 für die Dauer von zwei Jahren.

Außerdem wird die Nutzung der zur Durchführung dieser Ämter notwendigen Mittel des Kreises genehmigt.

2. verzichtet zu der Nebentätigkeit gem. 1. auf die Erhebung eines Nutzungsentgelts von Herrn Landrat Schröder.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 5 Berichte/Informationen

zu 5.1 Vorabinformationen zum Jahresabschluss 2016

Vorlage: DrS/2017/061

Frau McGregor stellt die Vorabinformationen zum Jahresabschluss 2016 vor. Auf Nachfrage des Vorsitzenden erläutert sie, dass für die Restrukturierung der WKS GmbH mit der Verschmelzung der KSB Aktienwerte in Höhe von 19 Mio. veranschlagt worden. Auf Nachfrage zur Differenz des bisherigen (ca. 36 Mio.€) mit dem neuen Aktienwert erklärte sie, dass die Firma BDO habe den Aktienwert bestätigt habe. Weiter erklärt sie, dass es bei einem großen Haushalt immer zu Abweichungen käme.

Zu den Fragen von Herrn Dieck gibt Frau McGregor folgendes zu Protokoll:

- 1) Wieso kommt das Land seinen Forderungen nicht nach? Was ist offen? (Seite 12)

Rückmeldung aus dem FD 51.30:

die Kostenerstattung mit dem Land ist nach wie vor nicht angelaufen. Im November 2016 hat der FD 51.30 die einzelnen Erstattungsfälle dem Grunde nach angemeldet. Bis zum heutigen Tage steht eine Anerkennung für diese Fälle aus. Vielmehr wurden mit Schreiben vom 09.05.2017 in einer ersten Reaktion des Landes noch fehlende Unterlagen nachgefordert.

Insofern kann bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Anmeldung der Höhe nach in den Einzelfällen erfolgen, da uns weder ein Anerkenntnis des Landes bzw. entsprechende Aktenzeichen mitgeteilt worden sind.

Die konkrete und bezifferte Kostenerstattung für die Aufwendungen in der EA Boostedt (separat von den obigen Fällen zu betrachten) über ca. 520.000,- EUR hat der FDL 51.30 am 06.04.2017 an das Land übersandt. Bisher ohne Reaktion.

Es ist also zum heutigen Zeitpunkt nicht mit einer zeitnahen Erhöhung der Einnahmen zu rechnen. Die im FD 51.30 zur Verfügung stehenden Kapazitäten im Bereich der Kostenerstattungen werden zum Abbau der Rückstände bei der „regulären“ Kostenerstattung eingesetzt. Es wird daher zumindest an anderer Stelle zu einer verbesserten Einnahmesituation für den Kreis kommen.

Weiterhin läuft die Kostenerstattung für „Altfälle“ (bis zum 30.10.2015) mit anderen Bundesländern inzwischen regelmäßig und gut. Auch hier also eine deutliche Einnahmesteigerung.

2) Warum haben sich die Investitionen halbiert?

Die größten Investitionen sind im Bereich des Infrastrukturvermögens. Aufgrund der Baumaßnahmen und deren Fertigstellung entstehen Schwankungen. In 2015 kamen noch Übertragungen an Gemeinden bzw. vom Land an den Kreis in nennenswerter Höhe dazu, insofern ist 2015 eher ein Ausreißer nach oben.

3) Wie wurde die Investitionsquote errechnet?

Die Investitionsquote wird ermittelt aus dem Quotienten aus den Bruttoinvestitionen (= Zugänge im Anlagevermögen) und den Abschreibungen zzgl. der Abgänge des Anlagevermögens.

Außerdem regt er an, die alt Verträge zum Rettungsdienst zu erwähnen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt der Landrat, dass der Korruptionsbeauftragte Herr Rinkel sei und es keinen besonderen Ereignisse zu berichten gäbe.

zu 5.2 Gesetz zur Sicherung der Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten vom 14.März 2017 Vorlage: DrS/2017/062

Frau Höpp Frau Höppner-Reher erklärt, dass die Kreisverwaltung Segeberg die Anforderungen des Gesetzes bereits erfülle. Einige Gemeinden wie beispielsweise die Stadt Bad Segeberg, die Stadt Bad Bramstedt oder das Amt Trave-Land haben geringere Stundenanteile für die Gleichstellungsbeauftragten und erfüllen das Gesetz somit noch nicht. Sie berichtet auf Nachfrage, dass in Ausnahmen von der 1,0 Vollzeitstelle für Gleichstellungsbeauftragte abgewichen werden könne, die Ausnahmefälle seien jedoch noch nicht beschrieben.

zu 5.3 Frauenpolitische Eckpunkte zur Landtagswahl in SH 2017 Vorlage: DrS/2017/064

Der Vorsitzende stellt fest, dass es rein plakative Fakten seien.

Herr Schnabel merkt an, dass die Forderungen der Politik zwar interessant seien, die Auswirkungen seien aber von der Verwaltung umzusetzen.

zu 5.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Der Kreispräsident berichtet vom Landkreistag, dass Herr Karsten Schreiber als Referent und stellvertretender Geschäftsführer demnächst seinen Dienst in der Geschäftsstelle aufnehmen werde.

Weiter berichtet er, dass die Kreistagssitzung im Mai und die dazugehörige Vorbesprechung des Kreistages ausfallen.

zu 6 Verschiedenes

zu 6.1 Anfragen

Der Landrat erläutert auf Nachfrage von Herrn Dieck, dass die Ausarbeitung für die nicht In Anspruch genommenen Zuschüsse zur Sanierung der Heizung im KT-Saal nachgereicht werde. Der Vorsitzende bittet darum, die Protokolle der Sitzungen der Lenkungsgruppe zum Zukunfts- und Infrastrukturförderprogramm in ALLRIS zu hinterlegen, damit alle KT-Abgeordneten den aktuellen Beratungsstand erfahren.

Der Landrat erklärt auf Nachfrage von Frau Grote, dass ein hohes Interesse bei der Hanse-Werk für Elektro-Mobilität bestünde und diese sich für die Gemeinden engagieren wollen.

zu 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Der Ausschuss erklärt sich auf Nachfrage des Vorsitzenden bereit, in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses in Kreistagsbestuhlung zu tagen. (tatsächlich war es dann normale Betsuhlung)

Der Vorsitzende erläutert, dass in der nächsten Sitzung der Polizeibeirat ab 17:00 Uhr stattfindet.

zu 7 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Henning Wulf
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Müller
(Protokollführung)